

## Brasilien im Sojarausch

Präsident Lula setzt auf den Anbau von Agrotreibstoffen. SEITE 8

# Spezial Die Hungerfalle

Vor zehn Jahren beschloss die internationale Gemeinschaft, die Armut in der Welt zu überwinden. Die Bilanz ist zwiespältig. SEITEN 7-9

## Geschichte Stauer

Eine Ausstellung in Mannheim zeigt die Dynastie in neuem Licht. SEITE 10

## FRAGEN AN ALEXANDER MÜLLER

## „Es mangelt an politischem Willen“

**WELTERNÄHRUNG** Um neue Aufstände zu verhindern, muss mehr in Landwirtschaft investiert werden

**Rheinischer Merkur:** Ist nach der Flutkatastrophe in Pakistan das erste Millenniumsziel noch zu erreichen?  
**Alexander Müller:** Auch ohne Pakistan ist dieses Ziel sehr schwierig bis gar nicht zu erreichen. Die Zahl der hungernden Menschen ist heute absolut gesehen höher als im Jahr 2000, als die Millenniumsziele verabschiedet wurden. Zurzeit sind 14 Prozent der Weltbevölkerung chronisch unterernährt oder leiden Hunger. Das Ziel ist, diesen Anteil auf acht Prozent herunterzudrücken. Mit dem jetzigen Tempo werden wir dieses Ziel nicht erreichen. Pakistan ist ein klares Signal dafür, dass Naturkatastrophen die Bekämpfung von Hunger und Armut in Zukunft noch viel schwieriger machen.  
**RM:** Sind die Millenniumsziele samt UN-Gipfel zum Scheitern verurteilt?  
**Müller:** Es gibt einige Erfolge bei der Wasserversorgung und bei der Armutsbekämpfung. In China, Brasilien, Malawi und Ghana zeigt sich, dass Fortschritte möglich sind. Wenn man allerdings schaut, wie schnell gehandelt wurde, als das internationale Bankensystem in Gefahr war, offenbart sich bei der Armutsbekämpfung mangelnder politischer Wille. Die UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisati-

berdem Erfahrungen mit Hungersnöten im eigenen Land. Europa hat Afrika nicht die Aufmerksamkeit geschenkt, die es braucht. Sich zu beklagen, dass andere Länder nun einspringen, reicht nicht.  
**RM:** Muss die Förderung der Landwirtschaft in Entwicklungsländern sich angesichts des Klimawandels nicht völlig neu ausrichten?  
**Müller:** Ja. Wir brauchen eine an den Klimawandel angepasste Landwirtschaft, und das geht weit über die Verbesserung von Bewässerungssystemen hinaus. Die Länder mit dem geringsten Klimagasausstoß leiden am stärksten und am frühesten unter den Auswirkungen des Klimawandels, insbesondere afrikanische Länder. Es wird dort vermehrt extreme Wettersituationen geben und die Temperaturen werden ansteigen. Leider sind die Industrieländer zurzeit nicht im ausreichenden Umfang bereit, Finanzmittel für diese Aufgabe zur Verfügung zu stellen.  
**RM:** Auch die Entwicklungsländer haben ihre Hausaufgaben nicht gemacht. In der Maputo-Erklärung von 2003 haben sich 44 afrikanische Länder dazu verpflichtet, bis 2008 die Investitionen in ländliche Entwicklung auf zehn Prozent des Staatshaushaltes anzuheben. Nur acht haben dieses Ziel erreicht. Sollten sich Geber aus diesen Ländern zurückziehen?  
**Müller:** Rückzug ist doch keine Alternative und die FAO wird dies auch nicht tun. Wir unterstützen gerade in den ärmsten Ländern Kleinbauern bei der Verbesserung ihrer Produktion, denn nur so lässt sich ihre Lebenssituation verändern. Auch die Entwicklungsländer sind gefordert, ihre Investitionen in die Landwirtschaft zu erhöhen.  
**RM:** Die EU hat angekündigt, im Rahmen der Doha-Welthandelsrunde ihre Agrarexportsubventionen bis 2013 abzuschaffen. Würde dies wirklich zu einer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion im Süden führen?  
**Müller:** Wir müssen anerkennen, dass die EU-Agrarexportsubventionen bereits deutlich gesunken sind. Aber der Abbau kommt nicht unbedingt den ärmsten Ländern zugute. Damit diese vom Subventionsabbau profitieren, muss sichergestellt sein, dass sie auch die Produktions- und Vermarktungskapazität haben, um die frei werdenden Marktlücken zu füllen. Ohne diese flankierenden Maßnahmen werden die Nischen von anderen Ländern außerhalb der EU besetzt und die afrikanischen Länder gehen leer aus. Abbau von Agrarexportsubventionen ist somit eine notwendige, aber noch keine hinreichende Maßnahme zur Förderung der Landwirtschaft in Afrika.  
**RM:** Fürchten Sie angesichts steigender Preise neue Hungerrevolten?  
**Müller:** Ja, die Gefahr besteht. Fehlende Investitionen in die Landwirtschaft in vielen Entwicklungsländern haben in den letzten Jahren den Nährboden für Hungerrevolten geschaffen. Naturkatastrophen können auf diesem Nährboden schnell zu sozialen Unruhen führen. Steigende Preise für Grundnahrungsmittel und Spekulation erschweren es ärmeren Ländern, sich auf den Märkten preiswert mit Getreide zu versorgen. Dennoch sind heute die Getreidelager besser gefüllt, als dies in den Jahren 2007/2008 der Fall war. Es kann also noch gehandelt werden!

Die Fragen stellte Astrid Prange.



**Resolut:** Der stellvertretende Generaldirektor der FAO fordert mehr Einsatz.

on (FAO) hat errechnet, dass man zur endgültigen Bekämpfung des Hungers zusätzliche Investitionen von ungefähr 50 Milliarden Euro jährlich bräuchte. Das ist eine Verantwortung, der sich alle 192 Mitglieder stellen müssen.  
**RM:** Was kann die deutsche Regierung tun, um dem Menschenrecht auf Nahrung mehr Geltung zu verschaffen?  
**Müller:** Es gibt drei Dinge, die noch zu tun sind: Erstens, die europäische Agrarpolitik muss so reformiert werden, dass sie kein Hindernis mehr für die Entwicklungszusammenarbeit darstellt. Zweitens müssen die Klimaschutzverhandlungen zum Abschluss geführt werden, denn ohne eine Einigung hier wird es viel schwieriger, das Recht auf Nahrung umzusetzen, wie die verheerenden Naturkatastrophen in Haiti und Pakistan gezeigt haben. Und drittens muss die Entwicklungszusammenarbeit stärker auf Hunger- und Armutsbekämpfung ausgerichtet werden. Es gibt für alle Regierungen noch sehr viel zu tun, wir sind noch weit vom Erreichen des Ziels entfernt.  
**RM:** Es gibt viele Schwellenländer, die große Produzenten von Nahrungsmitteln sind, etwa Brasilien, China und Russland. Warum werden diese Länder nicht verstärkt in die weltweite Hungerbekämpfung einbezogen?  
**Müller:** Brasilien und China haben in der Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht. Sie sind sehr aktiv in Afrika und haben au-

# Das stille Elend

**ENTWICKLUNGSPOLITIK** Viele mühsam erreichte Fortschritte bei der Armutsbekämpfung werden durch Kriege, Klimawandel und die Finanzkrise wieder zunichte gemacht



**Vertrieben:** Ohne Nahrungsmittelhilfe können die Flüchtlinge im sudanesischen Auffanglager Agok nicht überleben.

Von Astrid Prange

**I**lse Aigner will nicht aufgeben. „Auch wenn die Zahlen eine andere Sprache sprechen: Wir arbeiten mit aller Kraft darauf hin, das erste Millenniumsziel, Hunger und Armut zu halbieren, noch zu erreichen“, versichert die Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Die Zahlen sind in der Tat niederschmetternd: 925 Millionen Menschen hungern – so viel wie nie zuvor in der Geschichte des Planeten. „Das Recht auf Nahrung“, weiß Aigner, „ist das weltweit am meisten verletzte Menschenrecht.“

Die stille Katastrophe überschattet den Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen vom 20. bis 22. September in New York, an dem auch Bundeskanzlerin Angela Merkel und Entwicklungsminister Dirk Niebel teilnehmen. Vor genau zehn Jahren traf sich die internationale Staatengemeinschaft in der UN-Zentrale am Hudson River und versprach, im neuen Jahrtausend Hunger und Armut überwinden zu wollen. Seitdem gelten die Millenniumsziele (siehe unten) als kleinster gemeinsamer Nenner für nationale und internationale Entwicklungspolitik. Ihre Motivationskraft löste einen enormen Investitionsschub aus: So stiegen die Ausgaben der Industrieländer für globale Armutsbekämpfung von 69 Milliarden Dollar im Jahr 2003 nach langer Stagnation auf 119 Milliarden Dollar 2009 an. Deutschland erhöhte seinen Anteil im selben Zeitraum von 6,7 auf knapp zwölf Milliarden Dollar.

**„Die vergangene Dekade hat Entwicklungsfortschritte** von einem noch nie da gewesenen Umfang gebracht“, erklärt Eckhard Deutscher, Vorsitzender des Entwicklungsausschusses der OECD. Es gebe große Verbesserungen in China, Vietnam, Ghana, Tansania, Burkina Faso, Mali, Peru und Bolivien. Auch Jens Martens vom Global Policy Forum sieht positive Entwicklungen. Die Zahl der HIV-Infizierten, die lebensverlängernde Medikamentencocktails erhalten, habe sich in den vergangenen fünf Jahren verzehnfacht, und die Zahl der Kinder, die nicht zur Schule gehen, sei

zwischen 1999 und 2007 um 33 Millionen gesunken. Brasilien gelang es, mit seinem breit angelegten Programm „Null Hunger“ die Zahl der unterernährten Kinder zu verringern.  
 Doch viele mühsam erreichte Fortschritte werden durch Kriege, Naturkatastrophen, Korruption und die Finanzkrise wieder zunichte gemacht. In Pakistan versanken die Reisfelder unter enormen Wassermassen, in Haiti zerstörte das Erdbeben die gesamte Infrastruktur, und in Russland ließen Hitzewellen die Getreideernte verkümmern. In ihrem Global Monitoring Report 2010 geht die Weltbank davon aus, dass allein durch die Finanzkrise in diesem Jahr zusätzlich 64 Millionen Menschen in extreme Armut abrutschen.

Die Bekämpfung von Hunger und Armut wird in Zukunft noch schwieriger. Denn die Preise für die wichtigsten Grundnahrungsmittel ziehen weiter kräftig an, und zwar insbesondere in Afrika und Asien. Verantwortlich dafür sind nach Einschätzung des International Food Policy Research Institute (IFPRI) unter anderem das Bevölkerungswachstum, der wachsende Fleischkonsum, die steigende Nachfrage nach Energie aus agrarischen Rohstoffen und die Auswirkungen des Klimawandels auf die Landwirtschaft.

„Die Hungerkrise ist noch lange nicht vorbei“, erklärt Alexander Müller, stellvertretender Generaldirektor der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO (siehe Interview). Für Entwicklungsländer werde es immer schwerer, sich auf den Märkten mit billigem Getreide zu versorgen, wenn sie nicht genug für den Eigenbedarf produzierten. Damit nicht genug: Die Finanzkrise führt bei Industrie- und Entwicklungsländern gleichermaßen zu Kürzungen ihrer Etats.

In Berlin hat das Streichkonzert bereits begonnen. Das Auswärtige Amt kürzt seine Mittel für humanitäre Hilfe 2011 von 96 auf 76 Millionen Euro. Auch die Zeiten wachsender Entwicklungsetats sind vorbei. Der im Juli verabschiedete Haushalt 2011 des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) stagniert mit 6,073 Milliarden Euro auf dem Niveau von 2010. Da-

nach sollen die Mittel deutlich sinken. Für 2012 sind noch 5,772 Milliarden Euro eingeplant. 2013 und 2014 schrumpfen die Zuwendungen wahrscheinlich auf 5,689 Milliarden Euro.

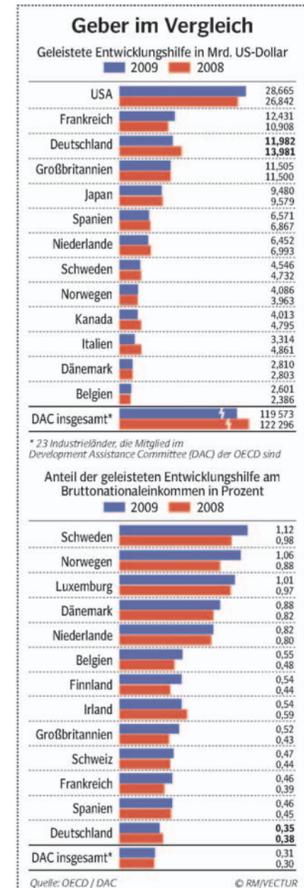
„Deutschland bricht damit seine mehrfach international bestätigte Zusage, die Mittel für Armutsbekämpfung bis 2015 stufenweise auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes anzuheben“, bilanziert eine neue Studie der Welthungerhilfe (siehe Grafik). Im BMZ

ist man sich des Problems wohl bewusst: „Weil die vorgesehenen Haushaltsmittel nicht ausreichen“, heißt es in dem Haushaltsentwurf, müssten zusätzliche Einnahmen über innovative Finanzierungsinstrumente wie Emissionshandel erschlossen werden.

Doch genau in diesem Punkt wirft der grüne Bundestagsabgeordnete Thilo Hoppe der Regierung Versagen vor: „Vergangene Woche haben Großbritannien und Frankreich beim Treffen der EU-Finanzminister die Einführung einer Devisenumsatzsteuer vorgeschlagen“, erklärt er. Deutschland habe die britisch-französische Initiative, die von 50 Staaten unterstützt wird, abgelehnt. Auch Entwicklungsexperte Eckhard Deutscher hat für Sparpläne kein Verständnis. „Selbst schwer von der Krise gebeutelte Länder wie Spanien oder Irland haben klare Budgetpläne“, erklärt er. „Mit dem nötigen politischen Willen ist es jedem möglich, das Ziel zu erreichen – alles andere ist Ausrede.“

**Für viele Länder im Süden zeigt sich der mangelnde politische Wille,** Hunger und Armut zu überwinden, insbesondere beim achten Millenniumsziel, dem „Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft“. Noch immer ist die 2001 in Doha begonnene Welthandelsrunde nicht abgeschlossen, und noch immer betragen die Agrarsubventionen der Industrieländer mehr als das Doppelte der gesamten internationalen Entwicklungshilfe – 2009 waren es 253 Milliarden Dollar.

Afrikaexperte Hartwig Fischer räumt ein, dass „die Millenniumsziele nicht im angestrebten Zeitraum erreicht werden“. Die Regierung sei aber auf einem guten Weg, erklärt der CDU-Abgeordnete. Entwicklungsmminister Niebel und Bundeskanzlerin Merkel wollen in New York nach Strategien suchen, „wie die Millenniumsziele trotz Wirtschafts-, Klima- und Nahrungsmittelkrise erreicht werden können“. Niebel: „Es kommt weniger auf neue Aktionspläne, sondern auf die Umsetzung bereits bestehender Vereinbarungen an.“ Das sei eine Frage der Glaubwürdigkeit. „Die wichtigste Aufgabe überhaupt“, so Niebel, „ist es, diese Glaubwürdigkeit zu bewahren.“



## Das sind die Millenniumsziele:

### 1. Armut überwinden

**Ergebnis:** Der Anteil der Menschen, deren Einkommen weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag beträgt, sank von 42 Prozent im Jahr 1990 auf 27 Prozent 2005. In absoluten Zahlen leben immer noch 2,56 Milliarden Menschen in Armut. Nimmt man den Schwellenwert von zwei US-Dollar, leidet fast die Hälfte der Weltbevölkerung unter Armut. An Hunger leiden 925 Millionen Menschen.



### 2. Grundschulbildung verwirklichen

**Ergebnis:** Die Anzahl der Jungen und Mädchen, die eine Grundschule besuchen, hat sich seit zehn Jahren um 40 Millionen Kinder erhöht. Im südlichen Afrika stieg die Einschulungsquote von 58 (1999) auf 76 (2008) Prozent. Die Zahl der Kinder, die nicht zur Schule gehen, hat sich im gleichen Zeitraum um 33 Millionen auf 72 Millionen verringert. Aufgrund Finanzkrise stehen den Entwicklungsländern 2009 und 2010 4,6 Milliarden Dollar weniger für Bildung zur Verfügung.



### 3. Gleichberechtigung vorantreiben

**Ergebnis:** Mittlerweile kommen in Entwicklungsländern auf 100 eingeschulte Jungen 96 Mädchen. 1999 waren es 91 Mädchen. Dennoch sind immer noch zwei Drittel der weltweiten Analphabeten Frauen. In der Politik hat sich der Anteil von weiblichen Abgeordneten in nationalen Parlamenten von elf (2000) auf 19 Prozent gesteigert. Der Anteil von Frauen in Führungspositionen liegt in Nordafrika und Südasien nur bei neun Prozent.

„Ich werde nicht stehlen“

**RELIGIONEN** Jede geht mit Not anders um

Von Wolfgang Thielmann

Ein Grundsatz im Buddhismus heißt: „Ich verpflichte mich, nicht zu stehlen.“ Er fußt auf einem Ausspruch des erleuchteten Buddha: „Erlaubt ein König, dass Armut in seinem Reich auftritt, werden die Leute immer stehlen, um zu überleben.“ Deshalb gehört eine gerechte Wirtschaftsordnung zur „rechten Lebensweise“, dem fünften Aspekt von Buddhas „acht-fachem Pfad“. Der Buddhismus tritt damit dem Reichtum gegenüber skeptisch auf und verfolgt eine Ethik des Sichgenügens. Dies fasziniert Europäer, die der Jagd nach Geld und Gütern in ihrer Kultur kritisch gegenüberstehen.

Ursprünglich zielt das buddhistische Denken auf persönliche Armut. Buddha kam aus einem wohlhabenden Haus und erlebte die Loslösung vom Reichtum als Befreiung. Im 18. Jahrhundert, in der Begegnung mit dem Westen, haben buddhistische Denker die soziale Sensibilität ihrer Kulturen weiterentwickelt. Vermutlich durch islamischen Einfluss hat sich unter den Sikhs die Tradition von Gemeinschaftsküchen für Arme gleich welcher Religion und Herkunft entwickelt.

**Der Islam kennt von Anfang an soziale Verantwortung.** „Frömmigkeit“, sagt der Koran, „bedeutet, an Allah zu glauben, den jüngsten Tag, die Engel, das Buch und die Propheten, und vom Besitz – obwohl man ihn liebt – den Verwandten zu geben, den Waisen, den Armen, dem Sohn des Weges, den Bettlern und Sklaven.“ Die Zakat, die Armenabgabe, zählt zu den religiösen Grundpflichten. Sie wird oft innerhalb der eigenen Gruppe weitergegeben. Verstärkt werben in den letzten Jahren islamische Hilfswerke um die Abgabe. Allmählich wächst auch dort die Einsicht, dass glaubwürdige Hilfe Grenzen von Religion und Kultur überschreiten muss.

Die dialektischste Sicht auf Armut hat die jüdisch-christliche Kultur entwickelt. Was in deutschen Sozialgesetzbüchern als Sicherung des Existenzminimums und Einzelfallgerechtigkeit festgeschrieben ist, hat Wurzeln im Alten Testament. Schon das Gesetz, das das Volk Israel auf seiner Wüstenwanderung durch Moses am Sinai bekam, bricht mit allen Vorstellungen von der Niedrigkeit des Armen. Es enthält als erstes Gesetzeswerk eine Reihe von Schutzvorschriften. Statt bloßer Barmherzigkeit, die von der Freundlichkeit des Reichen abhängig macht, konzipieren die fünf Bücher Moses einen Anspruch des Armen auf Existenzsicherung durch die Gemeinschaft. So darf dem Müller nicht der Mühlstein gepfändet werden, mit dem er seinen Lebensunterhalt bestreitet. Und am Abend muss der Gläubiger den Mantel zurückgeben, den er am Tag als Sicherheit einbehalten hatte. Werden ihm diese Rechte vorenthalten, dürfen der Arme und der Fremde vor Gott, der höchsten Rechtsinstanz, Klage erheben.

**Regeln wie diese ergänzen den unbedingten Respekt vor privatem Eigentum** in den Zehn Geboten. Der Einzelne hat ein Recht auf Besitz und dessen Mehrung. Zugleich wird er damit sozial verantwortlich. Diese Linie wird im Christentum noch stärker ausgeprägt. Gottes Sohn kommt arm zur Welt und macht die Sorge um die Armen zum Messiasgebot des Glaubens. Die erste Tat, die das Neue Testament über die erste christliche Gemeinde berichtet, besteht in der Wahl von Armenpflegern, die sich um unversorgte Migrantenwitwen kümmern. Bis ins 19. Jahrhundert kannte das Christentum ein Zinsverbot. Der Islam hat es formal übernommen. In der Praxis wird es allerdings häufig umgangen.

Im Calvinismus galt Reichtum mitunter als Beweis für den Segen Gottes. Zugleich stammen die größten Hilfswerke aus protestantisch geprägten Ländern wie Großbritannien und vor allem den USA. Im konfessionell gemischten Deutschland entstand mit starker Beteiligung der Kirchen ein sozialer Rechtsstaat, der Leistungs- und Verteilungsgerechtigkeit in einem der differenziertesten Sozialsysteme der Welt ausbalanciert.

# Südamerika im Sojarausch

**BRASILIEN** Staatspräsident Lula preist den Anbau von Agrotreibstoffen als Wunderwaffe gegen Armut und Klimawandel an. Nun will er das umstrittene Erfolgsmodell nach Afrika exportieren

Von Gerhard Dilger, Porto Alegre

Erhungen hat Luiz Inácio Lula da Silva schon viele erhalten. Über kaum eine wird sich der scheidende brasilianische Präsident so gefreut haben wie über den Titel „Champion in der globalen Schlacht gegen den Hunger“, den ihm das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen im Mai verlieh. Auch die britische Hilfsorganisation Action Aid weist Brasilien den Spitzenplatz bei der Armutsbekämpfung zu.

Viele Brasilianer erinnern sich noch an Lulas emotionale Antrittsrede vom Neujahrstag 2003. „Wandel“, lautete sein Motto, und er versprach, er werde nicht ruhen, bis alle seine Landsleute sich drei Mahlzeiten am Tag leisten könnten. Fast acht Jahre später sind viele Zahlen imposant: Rund 20 Millionen der 194 Millionen Brasilianer sind aus der Armut in die untere Mittelschicht aufgestiegen. Die Einkommen des ärmsten Bevölkerungszehntels wuchsen um jährlich acht Prozent, der reale Mindestlohn um insgesamt 54 Prozent.

Über das Sozialprogramm „Bolsa Família“ (Familienstipendium), das monatliche Zuschüsse von umgerechnet zehn bis 91 Euro pro Haushalt gewährt, wird die Kaufkraft von über zwölf Millionen armen Familien gestärkt. Auch deshalb ist Lula mit 80 Prozent Zustimmung sogar noch populärer als im Januar 2003, der Wahlsieg seiner Wunschnachfolgerin Dilma Rousseff im Oktober gilt nur noch als Formsache (siehe Seite 2).

**Doch die Erfolgsbilanz hat auch Schattenseiten.** Im Krisenjahr 2009, das Brasilien fast unbeschadet überstand, wuchs das Einkommen der ärmsten Brasilianer wieder am langsamsten. Rund 15 Millionen Menschen leben noch in tiefstem Elend. Bei all seinen Verdiensten sei „Bolsa Família“ eben vor allem ein „Machtprojekt“, mit dem sich die Regierung Wahlstimmen sichere, kritisiert Frei Betto, ein alter Freund des Staatschefs. Die Empfänger würden in Abhängigkeit vom Staat gehalten, „es gibt keine Ausgangstür“, meint der linke Dominikanerpater, der zu Beginn der ersten Regierung Lula das Vorgängerprogramm „Fome Zero“ („Null Hunger“) leitete. Das nämlich sei als Teil eines ganzen Bündels von Maßnahmen konzipiert gewesen, sagt Betto, „etwa Alphabetisierung, Förderung von Genossenschaften, beruflicher



**Big Business:** Die Sojaproduktion legte 2010 in Brasilien und Argentinien stark zu.

»Die UN-Organisationen erfüllen ihre Aufgabe nicht. Die Frage ist, wie schaffen wir ein institutionelles Modell, um die Krise zu managen?«

Pat Mooney

Fortbildung und der Landreform“. Aber all dies blieb in Ansätzen stecken. Auch die Aktivisten der Landlosenbewegung MST beklagen das Ausbleiben einer Agrarreform. Multinationale Konzerne, das Finanzkapital und brasilianische Großgrundbesitzer hätten ein wirkungsvolles Bündnis zur Nutzung der Agrarflächen geschlossen, findet MST-Chefkoordinator João Pedro Stedile. Auch in einer Studie, die das UN-Forschungsinstitut für soziale Entwicklung vor zwei Wochen vorstellte, heißt es, Brasilia sei trotz aller positiver Sozialprogramme „die strukturellen Ursachen von Armut und Ungleichheit noch nicht angegangen“.

Unter Lula hat die Konzentration des Landbesitzes sogar noch zugenommen – auch wegen des Anbaus von Zuckerrohr und Soja für die Herstellung von Agrotreibstoffen. Im Januar landete der Ethanolriese Cosan wegen Sklavenarbeit sogar kurzzeitig auf einer schwarzen Liste des Arbeitsministeriums – bis ein eilfertiger Richter die Maßnahme wieder aufhob.

Durch die Ausdehnung der Zuckerrohrplantagen werden nach wie vor Kleinbauern und Indianer von ihrem Land verdrängt, während sich Sojafelder und Viehherden immer weiter auf den Amazonas-Regenwald zubewegen. Und von der Biodieselproduktion profitieren nicht wie angekündigt Familienbetriebe, sondern vor allem große Sojakerne. Dennoch will Lula dieses Modell nach Afrika exportieren. Zusammen mit der EU und Mosambik hat Brasilien vor kurzem eine Arbeitsgruppe für „nachhaltige Entwicklung von Bioenergie“ eingerichtet. Eine ähnliche Dreieckszusammenarbeit ist auch mit anderen Ländern geplant.

Das Geschäft sei für alle Beteiligten segensreich, wird argumentiert: Brasilianische Zucker- und Ethanolkonzerne könnten durch die Produktion in Mosambik EU-Importzölle umgehen, die für die frühere portugiesische Kolonie nicht gelten. Die EU hätte weitere

Lieferanten für billigen Agrosprit – schließlich soll laut der aktuellen EU-Richtlinie bis 2020 ein Fünftel der Energie aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden, im Transportbereich ein Zehntel. In Mosambik schließlich entstünden neue Arbeitsplätze.

„Wir werden den Ausstoß von Treibhausgasen verringern und das Wachstum in Entwicklungsländern beschleunigen“, sagte Lula, der Agrotreibstoffe schon seit Jahren als Wunderwaffe gegen Armut und Klimawandel anpreist. Mit der EU will er eine „Allianz gegen die Armut in Afrika und Lateinamerika“ schmieden. Die Umweltorganisation Friends of the Earth hält es hingegen für „unmoralisch“, in einem Land mit vielen Hungernden Zuckerrohr und die Ölpflanze Jatropha anzubauen, um damit Agrosprit für europäische Autos zu produzieren. Weil sich solche Plantagen ausweiteten, würden in Mosambik bereits Kleinbauern von ihrem Land verdrängt und die Nahrungsmittelproduktion eingeschränkt, meint Aktivistin Anabela Lemos aus Mosambik.

**In Brasilien verhält solche Kritik weitgehend ungehört.** Lula geriert sich als Versöhner, dem es gelingt, Reich und Arm zufriedenzustellen, das Agrobusiness und die Kleinbauern. Die wirtschaftsnahe Zeitschrift „Economist“ schätzt ihn, weil er den Kapitalismus stabilisiert, die Linke in Lateinamerika lobt seine eigenständige Außenpolitik. Auch für den kanadische Ernährungsspezialisten und Gentechnikkritiker Pat Mooney, der die renommierte Nichtregierungsorganisation ETC Group leitet, bleibt Lula da Silva ein Hoffnungsträger. „Ganz offensichtlich erfüllen die vier großen UN-Organisationen, die mit Ernährung und Landwirtschaft zu tun haben, ihre Aufgabe nicht“, bilanziert er. „Die Frage ist also, wie schaffen wir ein institutionelles Modell, um die Krise zu managen?“

Daher wünscht sich Mooney, dass Lula im Juni 2011 zum neuen Chef der FAO gewählt wird, der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft. „Wir brauchen jemanden mit viel Prestige, der auf den Tisch hauen kann, damit das System endlich anfängt zu funktionieren. Das Wichtigste an seinem Job wäre die politische Verpflichtung, den Hunger zu beenden“, so Mooney. „Er hat das Zeug, diese Verpflichtung weltweit auf die allerhöchste politische Ebene zu heben.“

# Die zehn Gebote der Geschäftswelt

**WIRTSCHAFT** Mit dem Global Compact schufen sich Unternehmen vor zehn Jahren in der Uno ein eigenes Forum

Von Irene Hell, New York

Wenn es um das weltweite Business geht, dann verlässt sich UN-Generalsekretär Ban Ki Moon voll und ganz auf einen drahtigen Mann aus Bad Tölz: Georg Kell, den 55-jährigen Architekten von „Global Compact“. Dieses Jahr feiert die von Kell gegründete UN-Initiative ihr zehnjähriges Jubiläum. Mittlerweile gehören der Initiative 8000 Mitglieder an, darunter 6000 Firmen wie Tata, Nestlé, SAP, BASF, Siemens, die GTZ und der Tüv Rheinland.

„Die Krise hat uns alarmiert und wachgerüttelt. Sie zeigte uns, wie gefährdet die vernetzte Weltwirtschaft ist“, sagt Kell und fügt mit verhaltenem Lächeln hinzu: Die Geschäftswelt beginne zu verstehen, dass Prinzipien und Profit zwei Seiten der gleichen Medaille seien. Für UN-Generalsekretär Ban Ki Moon ist der Global Compact Chefsache, bis 2020 will er mindestens 20 000 Firmen involvieren. Doch nicht jeder schafft es durch die UN-

Pforte: 1300 Firmen, darunter Thyssen-Krupp Ascenseurs aus Frankreich und die Beijing Capital Group aus China, wurden in den letzten zwei Jahren aus dem Global Compact verbannt. Sie kamen ihrer Berichterstattungspflicht nicht nach oder missbrauchten das UN-Gütezeichen zum „Greenwashing“.

Bei der Gründung des Global Compact vor zehn Jahren gab es heftige, auch UN-interne, Debatten, ob die Völkerrechtsgemeinschaft direkt mit der Wirtschaft kooperieren kann. Sie resultierten in den „zehn Prinzipien“ des Global Compact, die sich lesen wie eine moderne Fassung der biblischen Zehn Gebote: Respektierung der Menschenrechte, Schutz der Umwelt, Eliminierung von Sünden wie Korruption, Kinderarbeit und anderen unethischen Praktiken. Die religiöse Komponente ist kein Zufall. „Wir haben viele Organisationsmodelle studiert, von der katholischen Kirche bis hin zu Visa“, erklärt Georg Kell, der aus dem katholischen Oberbayern stammt.

»Wir haben null Toleranz für Korruption. Wir sagen Nein, wir zahlen nicht. Für jede aufgehaltene Hand gibt es mindestens eine Hand, die gibt. Also hack die Hand ab, die gibt.« Jamshed Irani

Das indische Firmenkonglomerat Tata mit einem Umsatz von 70 Milliarden Dollar will radikal durchgreifen. „Wir haben null Toleranz für Korruption. Wir sagen Nein, wir zahlen nicht“, erklärte Jamshed Irani, der Direktor der Tata-Werke, kürzlich auf dem „Leaders Summit“ im Juni in New York. Irani fügt hinzu: „Für jede aufgehaltene Hand gibt es mindestens eine Hand, die gibt. Also hack die Hand

ab, die gibt.“ Auch der deutsche Softwarehersteller SAP, eines der 184 deutschen Global-Compact-Mitglieder, engagiert sich gegen Korruption. Mit einer speziellen SAP-Software kann zum Beispiel verfolgt werden, in welche Taschen die Petrodollars oder andere Rohstoffverlöse fließen.

„Bei Nestlé haben wir den Grundsatz, dass wir für unsere Aktionäre nur Werte schaffen können, wenn wir gleichzeitig auch Werte für die Gesellschaft schaffen“, sagt Aufsichtsratsvorsitzender Peter Brabeck-Letmathe. Der Schweizer Nahrungsmittelgigant setzt sich für den sorgsamsten Umgang mit Wasser ein und vergibt Kredite an Kleinbauern. Die norwegische Firma Telenor gibt Bauern in Bangladesch Handys, damit sie die aktuellen Börsenkurse für Getreide checken können und nicht mehr von windigen Zwischenhändlern übervorteilt werden. Der Seifengigant Unilever setzt auf Umweltschutz und kauft nach eigenen Angaben 80 Prozent des weltweit nach-

haltig produzierten Palmöles auf. Auch Organisationen wie die GTZ, Amnesty International und die Welthungerhilfe sind im Global Compact engagiert.

Die Hilfsorganisation Oxfam hat sich dem Netzwerk nicht angeschlossen. „Wir finden die Initiative gut und arbeiten eng mit dem Global Compact zusammen“, erklärt Paul Bendix, Geschäftsführer von Oxfam Deutschland. „Doch wir sind sehr skeptisch, ob freiwillige Maßnahmen ausreichen, um die Missstände abzustellen.“ Dazu gehören unter anderem Lohndumping, unbezahlte Überstunden und prekäre Arbeitsverhältnisse. In Südasien bekommen nach einer Untersuchung von Oxfam 36 Prozent aller Arbeiter noch nicht einmal den gesetzlich festgelegten Mindestlohn. Bendix: „Unternehmen können Menschen aus der Armutfalle befreien, wenn sie und ihre Zulieferbetriebe gesetzliche Vorschriften und soziale Mindeststandards einhalten. Jede Initiative, auch der Global Compact, ist willkommen.“

FOTOS: PAULO FRIDMAN/BLOOMBERG/GETTY IMAGES; UN PHOTO



## 4. Kindersterblichkeit verringern

**Ergebnis:** Noch immer sterben jedes Jahr 8,8 Millionen Kinder unter fünf Jahren an vermeidbaren Krankheiten wie Durchfall, Malaria, Lungenentzündung und Malaria. Doch zwischen 1990 und 2008 ging die Zahl der Todesfälle von 90 pro 1000 Lebendgeburten auf 65 zurück, was einem Anteil von 27 Prozent entspricht. In Ostasien, Lateinamerika und Nordafrika konnte die Kindersterblichkeitsrate um jeweils mehr als die Hälfte gesenkt werden.



## 5. Gesundheit von Müttern verbessern

**Ergebnis:** Das Ziel, die Müttersterblichkeit um drei Viertel zu senken, wird nicht erreicht. Noch immer sterben jedes Jahr mehr als 530 000 Frauen während der Schwangerschaft oder Geburt. Im Afrika südlich der Sahara ist das Risiko mit eins zu 22 am höchsten. Zum Vergleich: In Industrieländern liegt die Quote bei eins zu 8000. Auf dem Land hat in Entwicklungsländern nur eine von drei Frauen während ihrer Schwangerschaft Zugang zu ärztlicher Versorgung.



## 6. Aids und Malaria bekämpfen

**Ergebnis:** Zwischen 1996 und 2008 sank die Zahl der jährlichen HIV-Neuinfektionen von 3,5 auf 2,7 Millionen. Die Versorgung mit antiretroviralen Medikamenten konnte von sieben Prozent (2003) auf 42 Prozent (2008), im südlichen Afrika sogar auf 48 Prozent, verbessert werden. Bei den Aids-Sterbefällen zeichnet sich ein leichter Rückgang ab. Bei der Malaria-Bekämpfung gab es nur wenig Fortschritte. Noch immer sterben daran jährlich 900 000 Menschen.

# Schlamm Schlacht auf roter Erde

**RUANDA** Im Base-Kiryango-Tal ziehen sich 25 000 Bewohner mit eigener Kraft aus dem Sumpf der Armut und kultivieren steile Hänge mit Dämmen, Deichen und Kanälen. Besuch in einem Projekt der Welthungerhilfe

Von Philip Hedemann, Kigali

Der Deichgraf von Ruanda ist sauer. Stinksauer. Der Rauch seiner ständig glimmenden Zigarette steigt ihm in die Augen, als er sich über die Brüstung einer Schleuse lehnt. „Jetzt reicht's!“ Der Deich und die eingebaute Schleuse sind kaputt. Schon seit zwei Monaten. „Ich entziehe den Leuten die Erlaubnis, die Felder zu bestellen“, flucht er.

„Die Leute“, das sind mehr als 2000 Bauern im Base-Kiryango-Tal im Süden Ruandas, der „Deichgraf“ ist Fred Göricke, Projektleiter der Welthungerhilfe in Ruanda. Vor fünf Jahren erkor er das grüne Tal mit seinen 25 000 Bewohnern zum sogenannten Millenniumsdorf (siehe Kasten). Die Erfolge im Tal mit der roten Erde sind groß, doch das kaputte Schleusentor ist nicht der einzige Rückschlag in dem mühsamen Kampf gegen Armut.

Eine halbe Stunde nach seinem Wutausbruch auf dem Deich steht Göricke in einer Destille für Geraniolen vor 53 Bewohnern Gafunzos. Die Ansammlung einiger Hütten und Häuschen ist so etwas wie die Hauptstadt des Millenniumsdorfes, das streng genommen kein Dorf, sondern ein 17 Kilometer langes Tal ist. Denn die Ruander sind Eigenbrötlern. Sie leben traditionell in Streusiedlungen, ernähren sich von dem, was ihr Garten hergibt, bis zum Nachbarn dürfen es gerne ein paar hundert Meter sein.

An diesem Tag haben die Talbewohner sich in Schale geworfen, sie wollen dem Welthungerhilfe-Mann, den sie nur Fred nennen, zeigen, dass sie sich das jetzt leisten können. Eine junge Mutter stillt ihr Baby, ein Handy dudelt eine Melodie von Bach. Zehntausende von Zigaretten haben dem gebürtigen Hallenser die Stimme eines gütigen Märchenonkels gegeben, doch die Talbewohner erfahren jetzt, dass diese Stimme auch unangenehm scharf klingen kann. „Ich habe euch gesagt, dass ihr die gesamte Reisernete gefährdet, wenn ihr die Schleuse nicht repariert. Wenn ihr weiter so schlampft, lasse ich die Kooperative bei den staatlichen Behörden abmelden. Dann gibt es eine Saison lang gar keine Reisernete“, donnert Fred.

In der Destille ist es plötzlich mucksmäuschenstill. Dann steht ein hagerer Mann mit einem großen Kreuzifix um den Hals auf. „Du hast Fische im neuen Stausee aussetzen lassen und uns gezeigt, wie man angelt. Dank des Deiches haben wir jetzt regelmäßig gute Ernten. Wir versprechen, dass wir die Schleuse bis Freitag reparieren“, sagt Simon Ntiringanya. „Okay. Ich komme Freitag wieder“, sagt Göricke, und seine Stimme klingt schon wieder freundlicher.

**Die Deichgrafen-Szene im Millenniumsdorf wirkt ziemlich paternalistisch**, wie Entwicklungshelfer nach ganz altem Rezept, doch das ist sie nicht. „Natürlich hätten wir das Tor schnell selbst reparieren lassen können, aber wir wollen den Bewohnern ja zeigen, dass sie selbst für ihre Ernte verantwortlich sind. Wir wollen und können ihnen nicht ewig unter die Arme greifen. Manchmal geht das leider nicht ohne das Androhen von Sanktionen“, sagt Göricke, der lieber lacht als schimpft.

Vor fünf Jahren beschloss die Welthungerhilfe, in 15 besonders armen Gegenden Afrikas, Südamerikas und Asiens die UN-Millenniumsziele auf lokaler Ebene umzusetzen. Göricke setzte sich daraufhin mit den Bewohnern des Tals zusammen. Schnell wurde klar, dass die Bekämpfung des Hungers den Bauern im dichtestbesiedelten Staat Afrikas am wichtigsten war. Der promovierte Agrarökonom Göricke machte sich mit ihnen gemeinsam ans Werk: Der malarieverseuchte Sumpf im Tal musste kultiviert, die steilen Hänge terrassiert, ein Stausee angelegt, 35 Quellen eingefasst, Straßen, Dämme, Deiche, Wehre und Bewässerungskanäle gebaut werden.

In einem Land, in dem viele der zehn Millionen Bewohner noch nie einen Bagger gesehen haben, bedeutet das vor allem eins: viel harte körperliche Arbeit.



**Einsetzung:** In dem kleinen ostafrikanischen Land müssen viele Frauen ihre Familie allein ernähren und leisten deshalb auf den Äckern Schwerstarbeit.

»Früher sind viele Kinder an Mangelernährung gestorben, und wir haben die Nachbarn verdächtigt, sie vergiftet zu haben. Heute lade ich die Nachbarn zum Essen ein.«

Domitille Mushimiyimana

Doch an Arbeitskräften mangelt es im Land, wo fast die Hälfte der Bevölkerung unter 18 Jahre alt ist, nicht. Göricke stellte riesige Arbeitsteams zusammen. Bis zu 14 500 Menschen arbeiteten zeitweise gleichzeitig im Sumpf des Tales und an den steilen Hängen. Frauen waren die große Mehrheit, denn durch den Völkermord 1994 und die verheerenden Auswirkungen von Aids müssen sie zwangsläufig ihre Familie oft allein ernähren. Mit Hacken in der Hand, mit Babys auf dem Rücken und Liedern auf den Lippen schufteten die Menschen auf den Feldern und in den Bewässerungskanälen.

Am Ende hatten sie 3500 Parzellen erstellt, jede 1000 Quadratmeter groß, jede wird von einer Familie beackert. Außerdem gab es für die Tagelöhner ungerech-

## MILLENNIUMSDÖRFER

Seit 2005 leistet die Welthungerhilfe in 15 sogenannten Millenniumsdörfern einen Beitrag zur Armutsbekämpfung. Bei den Projekten – sieben in Afrika, drei in Lateinamerika und fünf in Asien – geht es darum, eine Verbesserung in möglichst vielen Bereichen der Millenniumsziele auf lokaler Ebene zu erreichen. Größte Herausforderung ist die **Steigerung der landwirtschaftlichen Erträge** mit einfachsten Mitteln: Im bolivianischen Cañadón Peñas wurden die Viehhaltung verbessert und kleine Käseereien aufgebaut, in dem angolanischen Dorf Mangue die flächendeckende Nutzung von Zugtieren eingeführt und in Kanat Toch in Kambodscha die Trinkwasserversorgung ausgebaut und neue Feldfrüchte eingeführt. **Die Initiative soll bis 2015 fortgesetzt werden.** Sie wird von mehreren deutschen Städten, Vereinen, Stiftungen, Unternehmen und Medien unterstützt. So förderte die Stadt München 2006 die Millenniumsdörfer in Mosambik und Nicaragua, die Bundesvereinigung der deutschen Ernährungsindustrie sammelte Spenden für Manigri in Benin, und der Hamburger Freundeskreis engagierte sich für Sodo in Äthiopien. **apo**

net rund einen Euro pro Tag. Viel Geld im Land, in dem das jährliche Pro-Kopf-Einkommen bei 492 Dollar liegt. „Ich habe von dem Geld eine Ausbildung zur Schneiderin bezahlt und mir eine Nähmaschine gekauft“, erzählt die 23-jährige Liberata Nyirandikumukiza, während sie ihren Sohn Prince stillt. Sie träumt davon, irgendwann eine Kuh zu kaufen.

„Ich ernte auf meiner Parzelle mittlerweile so viel Reis, dass ich einen Teil verkaufen kann. Davon bezahle ich mein Medizinstudium. Ich möchte der erste Arzt in Gafunzo werden“, erzählt der 28 Jahre alte Aimable Karambizi. Die 47-jährige Domitille Mushimiyimana freut sich, dass sie nun auch mal ihre Nachbarn zum Essen und auf ein Bananenbier einladen kann. „Seitdem wir das Tal kultiviert haben, haben wir alle genug zu essen“, sagt sie. „Früher sind wir häufig hungrig ins Bett gegangen, viele Kinder sind an Mangelernährung gestorben“, erinnert sich die Mutter von sechs Töchtern und einem Sohn.

**Hunger und Tod waren die stärkste Nahrung für Ressentiments.** 2005 waren noch zwei Drittel der Bevölkerung im Base-Kiryango-Tal unterernährt. „Wir haben unsere Nachbarn verdächtigt, die Kinder vergiftet zu haben“, erzählt Domitille Mushimiyimana. In dem kleinen afrikanischen Land, in dem vor 16 Jahren militante Hutus mit Macheten, Keulen und Handgranaten in nur 100 Tagen 800 000 Mitglieder der Tutsi-Minderheit und moderate Hutus niedermetzten, brodeln unter der Oberfläche immer noch Misstrauen, Angst und Hass.

Die Erfolgsgeschichten im Millenniumsdorf sind keine Einzelfälle. Mit einem ausgeklügelten Interviewsystem erfragen Mitarbeiter der Welthungerhilfe jedes Jahr, wie sich das Leben der Familien verändert hat. „Unser Ziel ist es, die Menschen vor Ort in die Lage zu versetzen, ihre Situation zu analysieren und realistische Lösungsansätze zu entwickeln. Dazu gehört auch die kritische Überprüfung der Aktivitäten“, sagt Iris Schöninger, die bei der Welthungerhilfe für die Koordinierung aller Millenniumsdörfer zuständig ist.

Große Erfolge gibt es vor allem in den Bereichen Bildung und Gleichberechtigung. Während zu Projektbeginn 79 Prozent der 15- bis 24-Jährigen lesen und schreiben konnten, sind es jetzt 90 Prozent, bei den jungen Frauen sogar über 97 Prozent. Die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung verbesserte sich ebenfalls, denn die jungen Mütter bringen ihre Babys immer häufiger im Beisein einer

Hebamme in Krankenstationen zur Welt und nicht mehr allein auf dem festgestampften Lehmbooden ihrer Hütten. Die Malaria-Fälle sanken durch den Einsatz von Moskitonetzen um mehr als die Hälfte. Nach anfänglichem Erfolg gab es

2009 allerdings beim wichtigsten Ziel, der Bekämpfung des Hungers, einen Rückschlag. Nur 16 Prozent der Familien hatten das ganze Jahr über genug zu essen. Göricke macht dafür „externe Faktoren“ verantwortlich: „Auf Überschwemmung-



gen folgte eine Dürreperiode. Aber langfristig werden die Familien im Base-Kiryango-Tal bis zum Zehnfachen auf der gleichen Fläche produzieren können“, ist er überzeugt.

Aber schafft die Welthungerhilfe mit ihrer Initiative nicht Inseln der Glückseligen, während rundherum weiter gehungert und gestorben wird? „Nein“, meint Göricke. „Wir wollen zeigen, dass die Ziele allen Unkenrufen zum Trotz erreichbar sind, wenn man wirklich will! Alle Millenniumsdörfer haben Modellcharakter und sind reproduzierbar. Außerdem strahlen sie als Leuchttürme auf die Umgebung aus.“

Drei Millionen Euro hat das Projekt Base-Kiryango-Tal bislang gekostet. Neben der Welthungerhilfe beteiligen sich auch Deutschland, Kanada, die Niederlande und das ruandische Landwirtschaftsministerium finanziell an dem Vorhaben, das Ende des Jahres ausläuft. Eine Verlängerung ist jedoch wahrscheinlich. Denn eines ist schon jetzt klar: Die Bewohner wollen weitermachen.

## Almosen, nein danke!

### Mittwochsgespräche zur Zukunft der Entwicklungszusammenarbeit

**Beginn:** 18.00 Uhr  
**Ort:** Foyer des Rheinischen Merkur, Heinrich-Brüning-Straße 9, 53113 Bonn

**29. September 2010**  
**Wer ernährt die Welt – Kleinbauern oder Agrarbusiness?**  
**Dr. Wolfgang Jamann**, Generalsekretär der Deutschen Welthungerhilfe e.V.  
**Bruno Wenn**, Geschäftsführer der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG)

**20. Oktober 2010**  
**Braucht Entwicklungszusammenarbeit Werbung?**  
**Hans-Jürgen Beerfeltz**, Staatssekretär im Bundesentwicklungsministerium (BMZ)  
**Andreas Graf Bernstorff**, Campaigner und Berater für NGOs, Medien und Politik

**24. November 2010**  
**Soll sich Entwicklungspolitik an nationalen Rohstoffinteressen ausrichten?**  
**Andreas Wenzel**, stellv. Geschäftsführer des Afrika-Vereins der deutschen Wirtschaft (angefragt)  
**Dr. Claudia Warning**, Vorstand Evangelischer Entwicklungsdienst (EED)

**Moderation:** Astrid Prange und Stefan Deges, Rheinischer Merkur

**Anmeldung erbeten an:** alonso@merkur.de  
Telefon 0228/88 41 36  
**Weitere Informationen unter:** www.merkur.de

Eine gemeinsame Veranstaltungsreihe der politischen Wochenzeitung Rheinischer Merkur und der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH

**gtz**

Wochenzeitung für Deutschland

## 7. Umweltschutz vorantreiben

**Ergebnis:** Der Raubbau an den natürlichen Ressourcen konnte nicht gestoppt werden. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen sind weltweit stark angestiegen, die Zerstörung der Tropenwälder schreitet voran und mit ihr auch der Schwund der Artenvielfalt. Die Trinkwasserversorgung hingegen hat sich verbessert: 1990 hatten weltweit 23 Prozent keinen Zugang zu sauberem Wasser, 2008 waren es noch 13 Prozent. Bis 2015 soll der Anteil auf zehn Prozent sinken.

## 8. Welthandel erleichtern

**Ergebnis:** Insgesamt ist die Entwicklungshilfe westlicher Geber seit 2000 von 53,7 auf 119,6 Milliarden Dollar angestiegen. Von dem Ziel, bis 2015 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Armutsbekämpfung aufzuwenden, sind die Geber allerdings noch weit entfernt. Auch ein gerechteres Handelssystem rückt angesichts der immer noch nicht abgeschlossenen Doha-Welthandelsrunde in immer weitere Ferne.

Zusammengestellt von Astrid Prange

